

*Nullmeier* und *Vobruba* erkannt, daß diese Prinzipien hauptsächlich politisch konstruiert und deshalb sehr viel mehr bedarfsorientiert sind als sie zunächst scheinen), trotz dieser Einsicht dennoch vor allem nach den politischen und gesellschaftlichen Reflexionen und Unterstützungen des Äquivalenzprinzips forschen. Zwar ist diese Verteilungsnorm nach wie vor die bedeutendste gesellschaftliche Gerechtigkeitsnorm, aber sie ist eben auch nur ein Aspekt von Verteilungsgerechtigkeit. Daneben stehen Kriterien der Bedürftigkeit (z.B. Sozialhilfe) und des Status (z.B. Beamtenversorgung), welche die institutionellen Regeitungen in bedeutenden Bereichen der sozialen Sicherung bestimmen.

Es wäre zu fragen, ob das Äquivalenzprinzip tatsächlich noch für die gesamte Gesellschaft Gültigkeit besitzt. Sicherlich stellen auch die Autoren des Buches (vor allem im ersten Beitrag) diese Gültigkeit *theoretisch* in Frage, meines Erachtens geschieht diese Infragestellung aber in der bundesdeutschen Realität sehr viel grundlegender. In Deutschland erreichen die Arbeitslosen ebenso wie die Sozialhilfeempfängerzahlen die höchsten Werte seit Bestehen der Bundesrepublik. Wäre es angesichts dieser Entwicklung für die heutige Soziologie nicht ebenso interessant, auf einer Mikro-Ebene danach zu forschen, ob nicht mittlerweile relevante Gruppen mehr oder weniger von den politischen und gesellschaftlichen Normen abweichen, anstatt permanent zu wiederholen, daß die meisten Menschen nach wie vor in Be-

griffen der Äquivalent von Leistung und Gegenleistung denken? Eine Antwort auf diese Frage wäre gleichermaßen wichtig für die Einschätzung der Stabilität des gesellschaftlichen Status quo wie für die der Erfolgsaussichten von Reformen.

Peter Bleses

***Bruno Kaltenborn, Modelle der Grundsicherung. Ein systematischer Vergleich, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 142 S.***

Anspruch des Autors dieses Buches aus der Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung ist es, so verspricht jedenfalls der Titel, Grundsicherungsmodelle systematisch zu vergleichen. Wenn man jedoch dieses Buch betrachtet, so fällt zunächst ein grundsätzlicher Mangel auf: Es wurden einige Modellentwürfe überhaupt nicht in die Ausführungen aufgenommen. Bereits Mitte der achtziger Jahre wurde über die Grundsicherung diskutiert und verschiedene Modellentwürfe vorgestellt.<sup>1</sup> Überhaupt fällt die Darstellung der wissenschaftlichen Grundsicherungsmodelle äußerst kurz aus. Gerade zehn Seiten werden dazu genutzt, die Modelle von Mitschke, Spennann und Vaubel vorzustellen. Zwar nehmen die Modellentwürfe aus der Politik einen etwas größeren Raum ein, doch auch hier geht die Betrachtung nicht über eine Deskription hinaus.

Ein weiterer Mangel zeigt sich, wenn man die Darstellung der Bewertungskriterien betrachtet. So werden zur Explikation der Grundsicherungsmodelle nur Parameter dieser Modelle betrachtet und nicht die Antworten, die diese Modelle auf die bestehenden Herausforderungen an die Sozialpolitik, wie zum Beispiel die abnehmende Bedeutung des „Normalarbeitsverhältnisses“<sup>2</sup>, die steigende Frauenerwerbsquote, die Veränderungen der Familienstrukturen oder der demographische Wandel der Gesellschaft geben. Diesen Herausforderungen an die Gestaltung des Systems der sozialen Sicherung wird kein einziger Satz gewidmet. Aber auch hinsichtlich der Definition der Gestaltungsparameter ergeben sich mehr Fragen als Antworten.

*Kaltenborn* identifiziert beim Vergleich der Grundsicherungsmodelle zwei Gruppen mit unterschiedlichen Zielstellungen: einerseits diejenigen, die die „(bessere) Bekämpfung von Armut in den Vordergrund rückt (Grüne, Bundesarbeitsgemeinschaften, Bundesministerium für Gesundheit, DPWV, SPD)“ und andererseits diejenige, die die „Stärkung der Arbeitsanreize“ (Spermann, Vaubel) oder die notwendige Abstimmung von Transfer- und Steuersystem (Mitschke, CDA, F.D.P.)“ (S. 83) betont. In den abschließenden Bemerkungen schlußfolgert er jedoch recht einseitig, daß „die Stärkung der Arbeitsanreize im Vergleich zur heutigen Sozialhilfe“ ein wichtiges Ziel in bezug auf die Einkommensanrechnung darstellt, „um die volkswirtschaftliche Effizienz zu steigern und

fiskalische Entlastungen herbeizuführen“ (S. 108). Vielleicht trifft dies für das Arbeitslosengeld zu? Aber es ist schon erstaunlich, mit welcher Vehemenz immer wieder die These vertreten wird, durch die Verstärkung des Arbeitsanreizes die Ausgaben für die Sozialhilfe senken zu wollen. Dabei scheint auch der Autor dieses Buches nicht zu beachten, daß die Masse der Sozialhilfeausgaben auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen (1993 rd. 31 Mrd. DM von 49 Mrd. DM), also auf Pflegebedürftige und Behinderte entfällt. Weil hier ja die Stärkung von Arbeitsanreizen keine Rolle spielen kann, bezieht sich die Diskussion also auf die Hilfe zum Lebensunterhalt. Jedoch ist die Mehrzahl derjenigen, die einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt haben, nicht arbeitsfähig: „35 Prozent sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, sechs Prozent haben das Rentenalter erreicht oder überschritten und etwas weniger als 18 Prozent sind alleinerziehend (1992)“.<sup>3</sup> Daraus ergibt sich, daß nur rund ein Drittel der Sozialhilfebedürftigen arbeitsfähig sind. Und diese arbeitsfähigen Sozialhilfebezieher, so zeigen die neuesten Ergebnisse der bundesdeutschen dynamischen Armutsforschung, verlassen den Sozialhilfebezug in der Regel recht schnell. Das Argument, die Verstärkung von Arbeitsanreizen würde den Ausgabenanstieg in der Sozialhilfe oder die Zunahme der Anzahl der Sozialhilfeempfänger zumindest stoppen, ist damit weitestgehend entkräftet.

Meines Erachtens ist es dem Autor zwar gelungen, eine Menge spe-

zifischer Parameter der beschriebenen Grundsicherungsmodelle zusammenzutragen, aber einen systematischen Vergleich hat er nicht erbracht.

Britta Matthes

- 1 So sind vor allem die Bücher von F. Klanberg und A. Prinz, *Perspektiven sozialer Mindestsicherung*, Berlin 1988; M. Opielka, und G. Vobruba (Hrsg.), *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt a.M. 1986 und W. Hanesch und T. Klein, *Eine integrierte, bedarfsorientierte Grundsicherung in AFG und BSHG*, in: M. Opielka und M. Zander (Hrsg.), *Freiheit von Armut. Das GRÜNE Grundsicherungsmodell in der Diskussion*, Essen 1988 zu erwähnen.
- 2 U. Mückenberger, *Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses*. in: *Zeitschrift für Sozialreform* 31 (1985) 1, S. 415-434 und 31 (1985) 2, S. 457-475.
- 3 L. Leisering/S. Leibfried, *Mindestsicherung im Sozialstaat*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 41 (1995) 6, S. 325-340.

**Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1995, 239 S.**

Steigende Arbeitslosigkeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren zu einer Vielzahl von Publikationen geführt hat. Wer von dem 1995 im Campus-Verlag erschienenen Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ von *Jeremy Rifkin* eine weitere ‚Gebrauchsanweisung‘ wirtschaftsliberaler Autoren erwartet, die in der

Wachstumstheorie und im technischen Fortschritt die Lösung des Problems sehen, wird von diesem Buch überrascht sein. Das Buch ist indes keine hochwissenschaftliche, industriesoziologische Arbeit, die den Stand der Forschung darstellt und analysiert. Dies ist von einem politischen Journalisten wie *Rifkin* schließlich auch nicht zu erwarten. Es gelingt dem Autor jedoch, in essayistischer Form einen interessanten Einstieg und Problemaufriß zum Thema Massenarbeitslosigkeit zu geben.

*Rifkins* zentrale These vom Ende der Massenerwerbstätigkeit in naher Zukunft unterscheidet ihn von konservativ-liberalen Autoren, wie sie auf deutscher Seite von Politikern und Wirtschaftsunternehmern wie Lothar Späth und Herbert A. Henzler verkörpert werden. Während Späth/Henzler 1993 im Titel ihres Buches noch die Frage stellten, ob die Deutschen noch zu retten seien (gemeint war hier vornehmlich die deutsche Wirtschaft),<sup>1</sup> stellt *Rifkin* in seinem Titel provokant fest, daß das Ende derjenigen Erwerbstätigkeit gekommen ist, die bisher die Lebensgrundlage der überwiegenden Mehrheit der Menschen bildet. Er ist davon überzeugt, daß eine „schöne, gefährliche Welt“ entsteht, die an den diametral wirkenden Interessen von Menschen, die noch im Arbeitsprozeß stehen und solchen, die arbeitslos sind, zu zerbrechen droht. Trotz dieser beunruhigenden Projektion, die auf den momentanen Verhältnissen und Entwicklungstendenzen des ökonomischen Systems beruht, ist der Autor kein Fatalist. Vielmehr erweist er sich im letzten Kapitel seines Buches als